

# Is there an Alternative?

Das politische Potential der Sozialwirtschaft

Rupert Weinzierl

Die intermediäre Rolle der Sozialwirtschaft, die sich zwischen Staat und Markt platziert, macht sie gleichzeitig zu einem Objekt für Begehrlichkeiten von linker und rechter politischer Seite, diesen Bereich nach den jeweils eigenen ideologischen Vorstellungen zu gestalten. Der Sektor ist definitorisch so offen und in Bezug auf seine Ziele zum Teil so widersprüchlich, dass er sich sehr gut für Projektionen gesellschafts-politischer Wunschvorstellungen eignet. Aufgrund dieser Gestaltungsphantasien von links und rechts wird die Sozialwirtschaft heute mit zum Teil übertriebenen Erwartungen überfrachtet, weil aktuelle ökonomische und politische Rahmenbedingungen diesen Sektor zu einem interessanten Feld im Ringen um Hegemonie aufsteigen haben lassen: Meines Erachtens der wichtigste Faktor ist die Zurückdrängung des Wohlfahrtsstaates, die im Bereich Sozialer Dienste deutliche Lücken hinterlassen hat. Dazu kommt noch die (von den Auflösungstendenzen des Wohlfahrtsstaates sicher nicht unabhängige) Aufwertung zivilgesellschaftlicher Konzepte und das Bedürfnis der civil society nach partizipatorischer Organisation gesellschaftlicher Prozesse. Auch die neuen Protestbewegungen und Sozialforen werden in ihrer Formulierung alternativer ökonomischer Modelle nicht an diesem ›Dritten Sektor‹ vorbeikommen. Ideengeschichtlich profitiert die Sozialwirtschafts-Debatte von einer zunehmenden Kritik am Individualismus westlicher Prägung, die zuerst in der Kommunitarismus-Debatte in den USA sichtbar wurde.

## **There is an Alternative. Die Linke auf der Suche nach neuen Utopien**

Ich beginne mit den Hoffnungen von links, die mit dem Konzept der Sozialwirtschaft verknüpft werden, weil die Linke nach dem Kollaps des Kommunismus und der Erosion der Sozialen Marktwirtschaft dringend neue Konzepte einer alternativen Organisation sozialökonomischer Prozesse benötigt und entsprechende Debatten seit einiger Zeit wieder intensiv geführt werden. Aus linker Perspektive liegt der Kern der Sozialwirtschafts-Debatte meines Erachtens in der simplen, aber entscheidenden Frage, ob wieder eine universalistische Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung formuliert werden und wie diese ausgestaltet werden soll, ohne hinter die Errungenschaft partikularistischer Auseinandersetzungen zurückzufallen. Warum wird die Linke meines Erachtens gut beraten sein, das Modell der Sozialwirtschaft und damit einer zivilgesellschaftlich angekoppelten Alternative zur Dichotomie von Markt und Staat zu forcieren?

Das sozialdemokratische Modell einer ›Sozialen Marktwirtschaft‹ ist mit der permanenten und parallelen Zurückschneidung des Sozialstaates im EU-Raum zu einer defensiven Konzeption geworden. Die Hegemonie des Neoliberalismus hat das Dilemma der ›Sozialen Marktwirtschaft‹ freigelegt: Sie tastet den funktionalen Kern der kapitalistischen Ökonomie nicht an und bleibt damit ein Domestizierungs-

programm, das unter bestimmten geopolitischen Rahmenbedingungen effektiv (im Sinne von Wohlstandsverteilung) sein kann, in der heutigen Situation einer Dominanz des corporate capitalism aber ins Leere läuft. Mario Tronti (1974) hat in einer Untersuchung gezeigt, wie die ArbeiterInnenbewegung das Kapital gezwungen hat, von einem absoluten zum relativen Mehrwert überzugehen. Er exemplifiziert diesen Übergang an der Frage der Arbeitszeit – die derzeit vor allem in Deutschland akute Diskussion über eine Verlängerung der Arbeitszeit ist ein Beleg dafür, wie zahnlos diese Domestizierungsstrategie geworden ist. Das gleiche gilt für die mittlerweile schon wieder abgehackte ›Third Way‹-Diskussion, die ebenso die Frage der zentralen ökonomischen Strukturen und Machtverhältnisse des existierenden Kapitalismus ausblendete und damit von der Geschichte überholt wurde. Die europaweite Tendenz zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zeigt die Ausdehnungstendenzen des kapitalwirtschaftlich organisierten Systems. Auch ATTAC muss sich die Kritik gefallen lassen, mit bloßen operativen Schnitten dem Kapitalismus ein soziales Mäntelchen umhängen zu wollen.

Allen bloß reformistischen Strömungen ist meiner Ansicht nach in einer Situation einer so eindeutigen Hegemonie des corporate capitalism, wie wir sie heute erleben, vorzuwerfen, dass sie mit der Korrektur an Symptomen letztlich die bestehenden ökonomischen und politischen Verhältnisse stabilisieren. Diese Vorgehensweise rekurriert auf einen traditionellen Politikbegriff und läuft darüber hinaus auch Gefahr, einer Staatsorientierung Vorschub zu leisten, die weder theoretisch haltbar noch aus der historischen Erfahrung gerechtfertigt ist. In gewisser Hinsicht zielen alle reformistischen Strömungen auf eine Wiederherstellung der Verhältnisse des fordistischen Kapitalismus ab.

An diesem Punkt könnte die Sozialwirtschaft als strategische Utopie der Linken weit stärker als in ihrer jetzt existierenden Form ins Spiel gebracht werden. Zur Erinnerung: Unter Sozialwirtschaft wird die Produktion von Gütern und Dienstleistungen außerhalb des Marktsystems verstanden (Defourny 1994) und damit ein Feld jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik aufgemacht. Ich werde jetzt nicht auf die Definitionen von Termini wie Sozialwirtschaft, Dritter Sektor oder Non-profit-Sektor eingehen – das wird anderswo in diesem Heft geleistet –, sondern gleich dazu kommen, warum die Sozialwirtschaft als Systemalternative taugen könnte: Sie setzt nämlich aus ihren Grundmerkmalen heraus dem kapitalistischen Modell und dem ihm inhärenten Paternalismus in allen Kernpunkten alternative Strukturen entgegen. Sie bietet weitaus höhere Partizipationsmöglichkeiten, forciert das Prinzip der Selbstorganisation und funktioniert außerhalb von Marktmechanismen. Der Ausdruck ›sozialwirtschaftliche Dienste‹ zielt also darauf, eine im Verhältnis zur industriekapitalistischen Warenwirtschaft komplementäre oder auch alternative ökonomische Form begrifflich einzukreisen. Außerdem bietet der Bereich der Sozialwirtschaft mit seinem von Self-Empowerment-Konzeptionen geprägten Selbstverständnis auch eine Chance zur Überwindung des traditionellen Etatismus der Linken und zu einem sozial-emanzipativen Verständnis sozialer Leistungen.

Immanuel Wallerstein (1998) entwirft eine solche Utopistik der politischen Ökonomie, die gemeinnützige Produktionsbetriebe mit demokratischer Betriebsverfassung als mögliche Alternative zur Kapitalwirtschaft ins Spiel bringt. Neben gemeinnützigen Produktionsbetrieben fordert er die Eröffnung eines allgemeinen Zugangs zu Erziehung und Ausbildung sowie die Sicherung einer allgemeinen Gesundheits-

vorsorge. Zu diesem Zweck soll »ein zweiter Wirtschaftssektor sozialwirtschaftlicher Dienste etabliert werden, die von nicht profitorientierten Institutionen getragen und kollektiv bezahlt würden«, ein ziemlich schroffer Bruch mit dem Profitprinzip.

Sozialwirtschaftliche Dienste sollen nicht mehr im Sinne der klassischen Marx'schen Theorie als »unproduktive Arbeit« rangieren, das heißt wie in der herrschenden Praxis aus kapitalwirtschaftlich erzielte Wertschöpfungen unterhalten oder in kapitalwirtschaftlicher Perspektive als »Sozialkostenfaktor« behandelt werden. Sie können und sollen vielmehr – durch entsprechende steuer- und haushalts-, finanz- und betriebswirtschaftliche Dispositionen – der industriewirtschaftlichen Warenproduktion als ein gleich werteschafter Wirtschaftssektor gegenüberreten. Durchaus in diesem Sinne versteht sich »Sozialwirtschaft« als direktes Gegenmodell zur neoliberal ausgerichteten Kapitalwirtschaft und rückt die systemisch-prozessuale Inwertsetzung sozialwirtschaftlicher Dienste, deren darauf aufbauende allgemeine Emanzipation als gesellschaftliche Kraft sowie die damit notwendig verknüpfte Weiterentwicklung demokratischer wirtschaftsgesellschaftlicher Organe in den Mittelpunkt ihres Transformationsprogramms. (Müller 2004).

Mit der Konstruktion einer komplementären Sphäre (nämlich der Sozialwirtschaft) erweiterte Wallerstein das Marx'sche Wirtschaftsmodell, aber im Rahmen der Formulierung einer solchen Utopie eines sozialwirtschaftlichen Sektors, der völlig aus der Profitlogik herausfällt, fehlt eine Anbindung an radikaldemokratische, zivilgesellschaftliche und feministische Konzepte. Laclau und Mouffe (1991) postulieren, dass »gerade in der Ausdehnung des Feldes demokratischer Kämpfe auf die ganze civil society und den Staat die Möglichkeit für eine hegemoniale Strategie der Linken liegt«. Ihnen folgend ist die essentialistische Annahme zu kritisieren, dass aus einer erfolgreichen ökonomischen Strategie notwendigerweise eine Kontinuität eindeutig bestimmbarer politischer Effekte folgt. Die von Wallerstein geforderte demokratische Betriebsverfassung blendet aus, dass Forderungen anderer Gruppen (etwa feministische oder ökologische) übergangen werden könnten, obwohl diese von den Produktionsentscheidungen betroffen wären. Meines Erachtens dürfte ein alternatives linkes Wirtschaftsmodell nicht hinter die zentralen Forderungen einer radikalen Demokratisierung zurückfallen, nämlich die Anerkennung von Differenz und einer Pluralität sozialer Antagonismen sowie den Versuch einer Autonomisierung eines Höchstmaßes von gesellschaftlichen Bereichen (Laclau/Mouffe 1991).

Ein weiterer neuralgischer Punkt liegt in der engen Verknüpfung linker Erwartungen in sozialwirtschaftliche Organisationsformen mit dem (vielfach unkritisch abgefeierten) Konzept der Zivilgesellschaft. Bei Gramsci bezeichnet der Terminus ›Zivilgesellschaft‹ eine Erweiterung des bürgerlichen Staates: Dieser besteht nicht allein aus einem repressiven, sondern auch aus einem hegemonialen Apparat, der den gesellschaftlichen Konsens (mit anderen Worten: die freiwillige Unterwerfung) ausarbeitet und organisiert (Demirovic 1997). Der Begriff der Zivilgesellschaft ist keineswegs selbstverständlich nur mit Demokratie, sondern ebenso sehr mit Klassenherrschaft verbunden. Zivilgesellschaft ist nicht per se als ein linkes Konzept zu interpretieren, sondern kann vielseitig vereinnahmt werden. Die civil society ist nämlich ebenso wie der Staat Sitz zahlreicher Unterdrückungsverhältnisse und damit ein Feld sozialer Antagonismen und demokratischer Kämpfe. Die Erfahrung der feministischen Bewegungen zeigen, dass der Staat häufig ein bedeutendes Mittel

war, um in der Gesetzgebung, häufig gegen die civil society, Fortschritte im Kampf gegen den Sexismus zu erzielen (Laclau/Mouffe 1991). Die Sozialwirtschaft fungiert als ein klassischer Hoffnungsträger zivilgesellschaftlichen Engagements – um den linken Vorstellungen von Gerechtigkeit zu genügen, werden die Machtfrage und das latente Risiko der Selbstaubeutung, das zivilgesellschaftlichen Sozialeinrichtungen stets anhaftet, stets mitgedacht werden müssen. Die Frage der Selbstaubeutung wird auch im folgenden im Zusammenhang mit bürgerlichen Besetzungen des Terminus ›Sozialwirtschaft‹ zentral abgehandelt werden<sup>1</sup>.

### Die Bürgergesellschaft und das kommunale Hallenbad

Andreas Khol (1999) hat für die ÖVP das Konzept der ›aktiven Bürgergesellschaft‹ entwickelt, eine konservative Annäherung an Konzeptionen von Sozialwirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationsformen, die Etzionis Kommunitarismus-Theorien für die österreichische Situation adaptierte. Ich zitiere aus der ÖVP-Website zum Thema ›Bürgergesellschaft‹: Unter dem Header ›Die neue Aufgabenteilung zwischen Staat und Bürger‹ steht zu lesen:

*Selbstverantwortliche Bürger nehmen alleine oder mit anderen ihr Schicksal in die Hand und gestalten die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen. Die Politik schafft durch einen geordneten Rückzug des Staates die dafür notwendigen Freiheiten und Freiräume, die von den aktiven Bürgern wahrgenommen werden. Neben die – weiterhin notwendige – staatliche Solidarität tritt damit erneut die private Solidarität, das private Engagement, die Eigeninitiative. (ÖVP 2004)*

Unter dem Titel ›Rückzug des Staates‹ finden wir ebendort:

*Der Staat soll sich dort zurückziehen, wo privates Engagement besteht oder entstehen kann und die gewünschten Aufgaben ebenso gut oder vielleicht besser und kostengünstiger wahrnehmen kann. Keinesfalls darf die neue Aufgabenverteilung als Aufforderung zum Sozialabbau oder zur Rechtfertigung eines Rückzugs des Staates aus lediglich finanziellen Gründen missverstanden werden. (ÖVP 2004)*

Bei genauer Lektüre des Programms wird klar, dass es im Kern um die Delegation staatlicher Aufgaben in den Bereich der gegenseitigen ›bürgergesellschaftlichen‹ Nachbarschaftshilfe geht. Darüber hinaus sollen Langzeitarbeitslose ›Bürgerarbeit‹ leisten, bis sie wieder in die Erwerbswirtschaft transferiert werden können. Dieses Konzept ist als Komplementärkonzept zum neoliberalen Kapitalismus angelegt – fast alle Maßnahmen dienen einem Hauptzweck, nämlich der Entlastung von Sozialbudgets. Dass es um ein reines Komplementär- und keinesfalls um ein Alternativkonzept geht, wird aus folgender Passage aus der ÖVP-Website sichtbar:

*Selbstverständlich darf es bei den Modellen der Bürgerarbeit nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der freien Wirtschaft kommen, indem Gewerbetreibende und Unternehmen durch staatliche geförderte Bürgerarbeit aus dem Markt gedrängt werden. (ÖVP 2004)*

Alex Demirovic hat auf diese konservative Konzeption der Zivilgesellschaft bei einem Vortrag im ›Depot‹ in Wien im März 2000 reagiert und auf deren Defizite hingewiesen: die Delegation staatlicher Aufgaben an die Zivilgesellschaft, die Prekarität

der entstehenden Arbeitsformen und die mangelnde Thematisierung von Unterdrückungsverhältnissen im zivilgesellschaftlichen Feld. Um die Skepsis der deutschen Linken gegenüber dem Zivilgesellschafts- und erst recht gegenüber dem Bürgergesellschafts-Begriff zu illustrieren, brachte er ein hübsches Beispiel: »Wenn sich ZivilbürgerInnen zusammentun, um ein von der Schließung bedrohtes kommunales Schwimmbad weiterzuführen, dann würde das als zivilgesellschaftliche Eigeninitiative gefeiert.« Er rekurrierte damit auch auf euphemistische Interpretationen des Begriffs Zivilgesellschaft wie bei seinem Landsmann Ulrich Beck, der das so genannte ›Ende der Arbeitsgesellschaft‹ mit neuen Beschäftigungsformen im gemeinnützigen Bereich abfedern möchte. Dieses Konzept könnte unter dem Deckmäntelchen der ›Bürgergesellschaft‹ oder ›Zivilgesellschaft‹ direkt den Weg in die DienstbotInnengesellschaft à la USA ebnen (Marchart 2000).

Demirovic hat nicht darauf hingewiesen, wie sehr die ›Bürgergesellschaft‹ feministischen Grundforderungen entgegenläuft: »Nach ›Gemeinsinn‹ wird immer dann besonders laut gerufen, wenn sozialstaatliche Kosten dezimiert werden sollen. Auf Kosten von Frauen.« (Notz 2001) Konservative Konzepte von Sozialwirtschaft und Zivilgesellschaft wie das von Khol erdachte machen sich den durch die Frauenforschung geprägten ›erweiterten Arbeitsbegriff‹ zunutze, indem sie immer wieder darauf hinweisen, dass Arbeit eben nicht nur Berufsarbeit sei und Leistung sich nicht nur aus beruflicher Leistung ergebe, sondern auch aus mit ›Gemeinsinn‹ in Verbindung gebrachter Tätigkeit (Notz 2001). Unter dem Deckmantel der ›Bürgergesellschaft‹ können Frauen wieder aus dem bezahlten Arbeitsmarkt gedrängt werden, mit dem pseudo-kommunitaristischen Argument, dass ihre Arbeit sozial so wertvoll sei, dass sie in Geld gar nicht adäquat abgegolten werden könne. Letztlich zielt die konservative Interpretation der Gemeinsinn-Debatte auf die Restauration von Kernfamilie und DienstbotInnengesellschaft sowie auf eine weitere Demontage des Sozialstaats ab und nicht auf die »Umverteilung von sozialer Verantwortung zwischen den Geschlechtern und ein neues Verhältnis von gesellschaftlicher Solidarität, in dem die Gleichwertigkeit der Geschlechter mitgedacht ist.« (Jung 1995) Den Frauen fällt unter ständiger Beschwörung von Gemeinsinn-Formeln dann wieder die Aufgabe zu, den Löwenanteil der in der ›Bürgergesellschaft‹ entstehenden Versorgungslücken zu schließen. Ziel einer feministisch weitergedachten Sozialwirtschaftsdebatte muss es ja wohl sein, dass das Private politisch wird und nicht das Politische privat.

### **Begehrlichkeiten von links und rechts**

Die gegenwärtige Hegemoniekrise von Staat und Markt könnte der Sozialwirtschaft eine entscheidende strategische Rolle zukommen lassen. Das politische Potential dieses Sektors weckt im linken und rechten Lager Vereinnahmungsphantasien, die durch die von Revelli (1999) treffend beschriebene Uneindeutigkeit des Sektors noch beflügelt werden: Die doppelte Verwicklung des Dritten Sektors mit dem, was wir die Transition zum Postfordismus nennen könnten – als ihr spezifisches Produkt und insgesamt als potentielle Antwort und Lösung für ihre Widersprüche – eröffnet nämlich nicht gerade eindeutige Perspektiven und Entwicklungslinien, in gewisser Hinsicht sogar gegensätzliche.

Revelli (1999) sieht den Dritten Sektor einerseits als Bereich, in dem Elemente der Gesellschaftlichkeit verteidigt werden, andererseits angesichts der neuen (oftmals pre-

kären) Arbeitsverhältnisse, die für diesen Sektor typisch sind, als ein Versuchslabor des Postfordismus. Diese Ambivalenzen und Widersprüche rufen linke und rechte IdeologInnen auf den Plan, die in diesem noch offenen Feld um Hegemonie ringen werden.

Für die Linke bleibt zu konstatieren, dass der ›Dritte Sektor‹ eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus spielen könnte, weil sein Kern, das Non-profit-Denken, wohl auch der Kern wirklicher Systemalternativen sein müsste. Eine Sanierung der aus dem Gleichgewicht geratenen gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisse, das heißt vor allem eine Sicherung der Beschäftigung und der Wohlfahrt, wird nur über einen Ausbau sozialwirtschaftlicher Dienste möglich sein (Müller 2004). Deren konsequente Emanzipation führt aber Müller zufolge die Kapitalwirtschaft weiter an ihre historische Grenze und könne in letzter Konsequenz auch darüber hinausführen. In einer weniger langfristigen Sichtweise kann man argumentieren, dass bei entsprechender (radikal-demokratischer) Ausgestaltung ein ausgebauter Sozialwirtschafts-Sektor ein Faktor einer Re-Politisierung der Ökonomie sein könnte. Diese impliziert wiederum eine Re-Politisierung der Politik, die das eindimensionale Denken (›pensée unique‹) des neoliberalen Sachzwangdiskurses durchbrechen und Alternativen der Gesellschaftsgestaltung wieder zum Thema machen könnte.

Für die Konservativen liegt ein spezieller Reiz des Dritten Sektors in der Möglichkeit, das für sie ideologisch zentrale Subsidiaritätsprinzip umzusetzen: Die gesellschaftspolitische Konzeption der »Bürgergesellschaft« schließt den Vorrang und die Stärkung der kleinen Einheiten, also der kommunalen und regionalen Ebene, ebenso ein wie die Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit als gelebte Verantwortung gegenüber den Nachkommen (Magel 2002).

Mit einem Ausbau des sozialwirtschaftlichen Sektors könnten die Konservativen erstens ihr Regionalismus-Konzept an die Erfordernisse des Postfordismus anpassen und damit ihre traditionell starke Position im ruralen Raum noch weiter ausbauen. Zweitens liefert ihnen das »Bürgergesellschafts-Modell« ein perfektes Komplement zu ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik: Unter dem Deckmantel der Abfederung sozialer Härten in dieser »neuen Verantwortungsgemeinschaft zwischen Staat und Bürger« (Glück/Magel 2000) können Sozialausgaben an nichtstaatliche Stellen ausgelagert und ein zweiter Arbeitsmarkt mit prekären Beschäftigungsverhältnissen und niedrigen Entgelt-niveaus etabliert werden.

## Anmerkungen

- 1 Wenn an dieser Stelle schon auf den Wahlkampf-Slogan »Bürgergesellschaft« der ÖVP hingewiesen wird, soll auch ein Blick auf die Programmatik der Sozialdemokratie geworfen werden. Die SPÖ interpretiert in ihrem Programm den Bereich der Sozialwirtschaft nicht als Kernbereich einer möglichen emanzipatorisch organisierten Alternativökonomie, sondern als Ergänzung des Sozialsystems:  
 »Eine moderne Wohlfahrtsgesellschaft besteht aber nicht nur aus dem staatliche Sozialsystem. Eine solidarische Gesellschaft muss von den Menschen selbst gewollt und gelebt werden. Soziale Sicherheit lässt sich mit Transferleistungen allein nicht sicherstellen, sondern braucht auch vernetzte soziale Dienste zur Erbringung von Sachleistungen sowie das Engagement und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger selbst. Ehrenamtliches Engagement, private gemeinnützige Einrichtungen spielen eine wichtige Rolle. Initiativen, die sich im sozialen Sinn für Benachteiligte einsetzen, verdienen – als wertvolle Ergänzung zu unserem Sozialsystem – daher Unterstützung und Förderung.« (SPÖ-Grundsatzprogramm 1998)

## Literatur

- Demirovic, Alex (1997) Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie, Münster
- Defourny, Jacques (1994) Associations in Belgium. Repositioning Non-Profit and Cooperative Action in Western European Welfare States; in: Perry 6/Isabel Vidal (Hg.) Delivering Welfare, Centre d' Initiatives de l'Economia Social, Barcelona
- Glück, Alois/ Magel Holger (Hg.) (2000) Neue Wege in der Kommunalpolitik – Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft, München  
[http://www.landentwicklung-muenchen.de/magel\\_glueck\\_buergermanagement/index.html](http://www.landentwicklung-muenchen.de/magel_glueck_buergermanagement/index.html)
- Jung, Dörthe (1995) Gemeinschaft und Geschlechterdemokratie; in: Fechter, M. (Hg) Mut zur Politik und politischen Verantwortung?, Frankfurt/Main
- Khol, Andreas (1999) Durchbruch zur Bürgergesellschaft. Ein Manifest, Wien
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe (1991) Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien
- Magel, Holger (2002) Auf dem Weg in eine aktive Bürgergesellschaft; in: Ländlicher Raum print. Heft 4/2002. Hrsg.: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien, 2002, S. 8-12. [www.nachhaltigkeit.at](http://www.nachhaltigkeit.at)
- Marchart, Oliver (2000) Kampf um Begriffe; in: Jungle World 13/2002
- Müller, Horst (2004) Perspektiven der gesellschaftlichen Transformation; in: Grundrisse 10/2004
- Notz, Gisela (2001) Die neuen Freiwilligen, Neu-Ulm
- Revelli, Marco (1999) Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit, Münster
- SPÖ-Grundsatzprogramm (1998) [www.spoe.at/bilder/spoe\\_partei\\_programm.pdf](http://www.spoe.at/bilder/spoe_partei_programm.pdf)
- Tronti, Mario (1974) Arbeiter und Kapital, Frankfurt
- Wallerstein, Immanuel (2002) Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Promedia Verlag, Wien
- ÖVP (2004) Zukunftswelten. Politik leben: [www.oevp.at/download/00018](http://www.oevp.at/download/00018)



### Baustelle Chancengleichheit Sozialwirtschaft als Chance für Frauen

Steyr, 18. und 19. April 2005 - [www.frauenstiftung.at](http://www.frauenstiftung.at)

Zur Diskussion stehen folgende Fragen:

Welche Chancen und Vorteile bietet die Sozialwirtschaft hinsichtlich Nachhaltigkeit und Chancengleichheit? Welche Bedingungen müssen geschaffen werden, um zu vermeiden, dass sich der Dritte Sektor zu einem Bereich mit unzureichender Absicherung und schlechten Arbeitsbedingungen entwickelt? Welche Strategien greifen im Hinblick auf eine gendgerechte Arbeitsteilung in der Sozialwirtschaft? Wie kann verhindert werden, dass Frauen auf ihre traditionellen Rollen reduziert werden?

Information:

Frauenstiftung Steyr, 07252 / 8 73 73  
[office@frauenstiftung.at](mailto:office@frauenstiftung.at), [www.frauenstiftung.at](http://www.frauenstiftung.at)

Eine Veranstaltung der Frauenstiftung Steyr in Kooperation mit dem Regionalforum Steyr-Kirchdorf und dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Universität Linz. Diese Konferenz wird im Rahmen des EQUAL-Projektes EQ-Engagement mit Qualität für Steyr und Kirchdorf durchgeführt.





**Ich bin dabei...**

...weil auch die beste  
Partnerschaft  
**Regeln braucht.**

Die Gewerkschaft der Privat-  
angestellten (GPA) verhandelt  
jährlich mehr als 150 Kollektiv-  
verträge. Diese regeln wichtige  
Ansprüche der ArbeitnehmerInnen:  
Vom Gehalt bis zur Arbeitszeit.

Es gibt vieles, für das es sich lohnt,  
**organisiert zu sein.**

GPA-Mitglieder haben's besser.  
Überzeugen Sie sich selbst:

**[www.gpa.at](http://www.gpa.at)**

**GPA**  
GEWERKSCHAFT DER  
PRIVATANGESTELLTEN